

Sicherheit im Strafvollzug wird für die Koalition zum Streitthema

SPD greift Justizminister wegen Personalproblemen in Gefängnissen an. Ministerium will mehr Anwärter ausbilden

VON FRANK SCHAUKA

Erfurt. Die SPD erhebt schwere Vorwürfe gegen Justizminister Dieter Lauinger (Grüne). „Aufgrund des fehlenden Personals in den Haftanstalten ist eine permanente Sicherheitslücke im Thüringer Strafvollzug entstanden“, sagte der justizpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Oskar Helmerich, gestern unserer Zeitung. „Die Art und Weise, wie Herr Lauinger den Strafvollzug seit vier Jahren vernachlässigt, schadet der gesamten Koalition. Denn die Bürger haben kein Verständnis für mangelnde Sicherheit in den Gefängnissen.“

Um die Sicherheitslücken zu schließen, müssten umgehend etwa hundert zusätzliche Stellen geschaffen werden, forderte Helmerich. Beistand erhält der Jurist von der Gewerkschaft der Vollzugsbediensteten BSBD. „Es fehlen 80 bis 100 Stellen“, sagte der Landesvorsitzende Jörg Bursian. Im mittleren Voll-

zugsdienst gibt es laut Justizministerium etwa 820 Stellen. Davon sind stets zehn bis 15 Prozent erkrankt – im Durchschnitt hundert Bedienstete pro Tag.

Minister Lauinger weist die Forderungen von SPD und Gewerkschaft zurück. Die Zahl von etwa hundert zusätzlichen Stellen im Justizvollzug sei „überhöht“, heißt es. Es bestehe zwar tatsächlich ein Mehrbedarf, doch der solle „durch die Erhöhung der Zahl der in Ausbildung befindlichen Anwärter in den kommenden Jahren gedeckt werden“, teilte das Ministerium mit.

Etwa 25 Vollzugsanwärter pro Jahr sollen nach den Vorstellungen des Ministeriums künftig ausgebildet werden. Das sind deutlich mehr als in den vergangenen Jahren. „Das reicht trotzdem bei Weitem nicht“, sagt Helmerich. So werde lediglich die Zahl der Bediensteten ausgeglichen, die in den Ruhestand gingen, rechnet BSBD-Chef Bursian vor. „Im mittleren Vollzugs-

dienst werden in den nächsten Jahren voraussichtlich zwischen minimal 15 und maximal 27 Bedienstete jährlich in den Ruhestand verabschiedet“, bestätigt das Justizministerium.

Wie besorgniserregend die Lage im Strafvollzug mittlerweile ist, haben Mitarbeiter der Jugendstrafanstalt Arnstadt in einer Petition an den Landtag kürzlich detailliert beschrieben. Von einem „permanenten Per-

sonalmangel“ ist in dem Schreiben die Rede, von einer „desolaten Personalsituation“, die zu einem „permanenten Verstoß gegen die Thüringer Arbeitszeitverordnung“ führe. „Zurzeit werden die Bedienstete im Strafvollzug regelrecht verheizt, die Probleme werden ignoriert und gesundheitlich bleiben wir dabei auf der Strecke“, kritisieren die vier Petenten, die das Schreiben unterzeichnet haben.

Nach Informationen unserer Zeitung aus Sicherheitskreisen besteht das für Arnstadt beschriebene Personalproblem im gesamten Strafvollzug des Landes. „Personal fehlt an allen Ecken und Enden.“

Die spektakulären Gefängnisausbrüche in Suhl-Goldlauter im Oktober 2017 sowie in Arnstadt im Januar 2018 erklärt das Justizministerium mit menschlichem Versagen.

Bedienstete haben viel mehr Aufgaben zu bewältigen



Die Justizvollzugsanstalt Tonna. ARCHIV-FOTO: A. VOLKMAN

Das Justizministerium will Anfang kommenden Jahres das lange erwartete Personalentwicklungskonzept für den Justizvollzug in Thüringen vorlegen. Es werde „wohl unerlässlich sein, den Stellenbaupfad zu korrigieren“, teilte das Ministerium mit. Nach dem Vollzugsgesetz von 2014 müssten die Bediensteten heu-

te „viel mehr Aufgaben als noch vor wenigen Jahren“ bewältigen, teilte Minister Dieter Lauinger mit. „Notwendig ist daher eine personelle Aufstockung.“ Dass diese wesentlich höher liegen wird als die Zahl der Altersabgänge im Vollzug, ist nach Informationen unserer Zeitung dennoch nicht zu erwarten.